**Spitzenkandidatur-Rede bei der LDK in Pforzheim, 10.10.2015**

Liebe Thekla, lieber Oliver, liebe Edith, lieber Cem, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett,
Liebe Freundinnen und Freunde,

bevor wir 2011 unseren ersten Koalitionsvertrag unterzeichnet haben, haben wir jahrzehntelang harte programmatische Kärrnerarbeit geleistet. Davon profitieren wir noch heute.

Unser Programm haben wir konsequent abgearbeitet und umgesetzt. Das klingt jetzt so wie Routine, aber es war wirklich harte Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Aber man kann eben nicht immer alles in Koalitionsverträgen berücksichtigen und voraussehen.

Viele Aufgaben stellen sich auch neu und unmittelbar. Die Flüchtlingspolitik ist ein Beispiel dafür.
Und doch bildet die Flüchtlingsfrage heute die größte Herausforderung vor Ort, in Land, Bund und Europa.
Wichtiger noch als unsere Programme sind unsere Werte und unsere Grundüberzeugung. Sie geben uns Orientierung. Sie sind der Kompass, durch den wir in der Lage sind auch neue große Herausforderungen zu meistern.

Wir gehen pragmatisch, aber wir gehen nicht beliebig an neue Fragen heran. Wir sitzen Probleme nicht aus, sondern packen sie an. Wir handeln entschieden, aber mit Augenmaß. Genau das ist verantwortliche Politik, genau das heißt „Verantwortung übernehmen“.
Mit dieser Haltung machen wir Politik, mit dieser Haltung sind wir erfolgreich, deshalb steht unser Land Baden-Württemberg so gut da.

Als führende Kraft einer Landesregierung tragen wir Verantwortung für alle Menschen in Baden-Württemberg, deshalb haben wir auch alle im Blick, nicht nur die, die uns gewählt haben und die uns das Vertrauen geschenkt haben.
Und das ist auch das Entscheidende und gerade jetzt im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik.

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir erleben derzeit die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 60 Millionen sind weltweit unterwegs, fliehen vor Gewalt, Terror, vor Unterdrückung, politischer Verfolgung und vor Bürgerkriegen. Es ist eine Krise von historischen Ausmaßen.

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sehen aus was für einer ungeheuren Not, aus was für einer Brutalität und Grausamkeit, die Unsicherheit der zerfallenden Staaten, das Chaos herrscht. Sie wissen: Warum die Menschen sich auf die Flucht gemacht haben und sie wissen, dass niemand seine Heimat ohne Not verlässt. Das gilt sicher für die Allermeisten und das macht man nicht leichtfertig unter Gefahren wegzugehen. Und ich will einfach sagen, die große Hilfe vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, aber auch das große Engagement der Hauptamtlichen ist einfach überwältigend. Es geht oft über die Grenzen hinaus. Und diese Menschen leisten wirklich unbezahlbares für unser Land und ich danke all diesen Menschen von ganzen Herzen!

Das zeigt: Baden-Württemberg ist ein zutiefst menschliches, hilfsbereites Land. Dass unsere Zivilgesellschaft so stark wie in kaum einer anderen Region ist, zeigt sich gerade jetzt in dieser großen Krise. Allerdings gibt es auch fürchterliche Brandanschläge, aber wir müssen sie hinstellen als das was sie sind: Die Taten von Kriminellen und Verbrechern.

Zugleich wissen wir: Wir stoßen vor Ort mehr und mehr an Grenzen. Das Bedürfnis nach Orientierung und einer Verständigung über die Dimension der Aufgabe ist glaube ich ganz entscheidend wichtig.

Die Herausforderung ist so groß – ähnlich wie die Deutsche Einheit – der Bundespräsident hat sehr klar in seiner Rede darauf hingewiesen. Das können wir nur in einer Verantwortungsgemeinschaft lösen. In einer Verantwortungsgemeinschaft von Europa, dem Bund, den Ländern, den Kommunen, einer Verantwortungsgemeinschaft von Politik und Wirtschaft von Kirchen, Verbänden und der Zivilgesellschaft. Zusammen können wir diese große Herausforderung meistern.

Dabei geht gemeinsames Handeln vor politischer Profilierung. Ich werde alles tun, was diese Verantwortungsgemeinschaft stärkt, und alles unterlassen, was sie schwächt.
Und darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg verlassen.

Der Konsens der demokratischen Parteien ist in dieser Krise ein Wert an sich. Denn er ist Voraussetzung für einen echten gesellschaftlichen Konsens, der nicht auseinander bricht. Dafür ist der Geist der Kompromissbereitschaft unerlässlich.

Ich weiß, dass es manchen von Euch nicht leicht fällt, die Kompromisse mitzutragen, die ich in Berlin mit der Kanzlerin und den anderen Ministerpräsidenten ausgehandelt habe.

Aber man muss immer sehen, es ist ein Kompromiss einer Allparteienkoalition, der ist natürlich sehr breit. Aber dass ich dabei immer Eure Unterstützung erfahren konnte, und dass ihr das mittragt, dafür möchte ich meinen Dank und meinen Respekt aussprechen.

Wir sind uns allen bewusst und es ist allen klar, dass diese Flüchtlingskrise primär auf europäischer Ebene gelöst werden muss. Und was die Fluchtursachen im Nahen Osten betrifft, das kann nur die internationale Gemeinschaft lösen.

Daher erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie alles in ihrer Macht stehende dafür tut, die Fluchtursachen zu bekämpfen und sich für eine Neuordnung der europäischen Asylpolitik einzusetzen. Die bisherige, mit dem Dublin-System ist gescheitert, sie funktioniert nicht mehr, sie ist unter der faktischen Last in Trümmern geraten und deswegen ist es wichtig, dass wir eine Neuordnung hinbekommen.

Was wir hingegen nicht von der Bundesregierung erwarten können, sind einfache, schnelle Lösungen, weil es die nicht gibt.

Wer fordert „Grenzen dicht zu machen“ oder wer glaubt wir müssten nur zu den Flüchtlingen unfreundlicher sein oder wer das Asylrecht abbauen will und wer behauptet, dann wäre das Problem gelöst, dann würden keine Menschen mehr zu uns kommen, und wir hätten dann einen Zustand sozusagen wie „früher“, wer so etwas fordert, der gaukelt den Leuten etwas vor. Und das ist bei einem so sensiblen Thema nicht nur unredlich, sondern auch brandgefährlich.
Um Ordnung in die Dinge zu bringen, um Fluchtursachen wirksam bekämpfen zu können, dafür braucht es einen langen Atem und Beharrlichkeit!
Wir spüren natürlich das Asylrecht gerät unter Druck, aber das es nicht wirklich unter Beschuss gerät, da müssen wir Grüne gerade daran arbeiten.

Wir Grüne müssen in dieser Phase standhalten. Und genau dies tun wir, liebe Freundinnen und Freunde.

In der Krise zeigt sich wie ernst wir es mit unseren Grundwerten meinen. Gerade dann wenn sie unter Druck kommen ist die Frage, ob wir sie gleich über Bord werfen. Dann waren es nur Sonntagsreden und deswegen bin ich ganz klar und bin froh, dass die Kanzlerin da Klarheit zeigt: Am Grundrecht auf Asyl wird nicht gerüttelt!

Aber wir müssen uns auch klar machen, dass, wovon vielen träumen es gäbe jetzt einen Aufnahmestopp oder was auch immer, das wäre faktisch gar nicht durchsetzbar, selbst wenn man es wollte.

Zäune und Stacheldraht, werden bei Flüchtlingsbewegungen dieses Ausmaßes schlicht überrannt und wenn man irgendwo Grenzkontrollen macht, werden die Menschen über die grüne Grenze gehen. Man bräuchte schon eine Mauer mit Schießbefehl, wie an der DDR Grenze um so etwas zu machen.

Kein verantwortlicher deutscher Politiker kann das wollen.

Selbstverständlich kenne ich die Sorgen der Menschen vor Ort. Ich bin im täglichen Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, Bürgermeistern und Landräten, Verantwortlichen aus Wirtschaft und Gesellschaft und ich mache mir auch selber Sorgen.

Doch verantwortliche Politik bedeutet nicht,

- den Menschen etwas vorzumachen,
- nach vermeintlich einfachen Antworten zu rufen,
- etwas zu versprechen, was man nicht halten kann,
- oder in einer unvermeidlichen Situation die Ängste zu verstärken.

Verantwortliche Politik bedeutet,

- der Realität ins Auge zu sehen und sie anzunehmen, wie sie ist,
- ehrlich zu den Menschen zu sein,
- kraftvoll anzupacken anstatt zu jammern,
- das Land zusammenzuhalten,
- gemeinsam die Aufgabe zu bewältigen.

Die Herausforderung ist groß und wir stehen immer jeden Tag vor großen Schwierigkeiten.

Wir machen keine Beschwichtigungspolitik. Wir betreiben ein entschlossenes Krisenmanagement. Dabei wird es immer wieder zu Notsituationen kommen, in denen wir nicht nach Lehrbuch handeln können. Wir müssen Dinge tun, die wir natürlich in normalen Zeiten nicht machen würden und es ist natürlich auch klar, dass man Fehler macht.

Allerdings haben wir bisher - Gott sei Dank – keine größeren gemacht. Die Herausforderung ist gewaltig und führt uns dauernd an unsere Grenzen. Aber das starke Deutschland und das noch stärkere Baden-Württemberg, wird doch nicht vor dieser Aufgabe kapitulieren.

Und genau eine solche verantwortliche Politik machen wir. Dort wo wir zuständig sind, dort wo wir selbst unseren Beitrag zur Herausforderung leisten können, tun wir dies. Und zwar rechtzeitig, entschlossen und durchaus koordiniert:

- Wir haben als erstes Bundesland einen Flüchtlingsgipfel gemacht.
- Und wir haben einen weiteren Flüchtlingsgipfel durchgeführt, als der Bund überhaupt erst einen geplant hat.
- Und ich muss es leider nochmal sagen, wir haben jetzt die großen Versäumnisse der Bundesregierung zu spüren, dass es fast ein dreiviertel Jahr gedauert hat, bis endlich das Personal beim BAMF erhöht wurde, aber auch das hat nicht geklappt und es dauerte nochmal bis endlich unkonventionelle Maßnahmen ergriffen wurden damit die Verfahren drastisch verkürzt wurden, denn sie sind eines unserer großen Probleme.
- Wir haben die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb kürzester Zeit von 900 auf fast 30.000 Plätze mehr als verdreißigfacht.
- Wir haben Hunderte neue Stellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, bei der Polizei, den Verwaltungsrichtern, den Sozialarbeitern und Lehrern geschaffen.
- Wir haben einen Lenkungsstab eingerichtet damit wir schnell handeln können und er arbeitet ausgezeichnet.
- Wir haben die finanzielle Unterstützung der Kommunen massiv heraufgefahren, sei es bei den Flüchtlingspauschalen, sei es bei den Liegenschaftsausgaben, die wir voll erstatten.
- Wir haben eine zentrale Registrierungsstelle in Heidelberg eingerichtet, um die Verfahren zu bündeln, zu straffen und dadurch effizienter abzuwickeln, damit wir keine Flüchtlinge in Zukunft in die Kommunen schicken, deren Status nicht geklärt ist.
- Wir unterstützen lokale Bündnisse und ehrenamtliche Helferkreise finanziell und mit praktischen Hilfestellungen.
- Wir haben Ombudsstellen in den Ernstaufnahmestellen eingerichtet, bei denen die Bürger Sorgen und Ängste vorbringen können – und es wird dann nach Lösungen für die vorgebrachten Probleme gesucht – und das ist nämlich das was man in diesen Situationen machen kann. Die Ängste der Leute und ihre Beschwerden sind oft sehr konkret und man kann sie durch Handeln oft abstellen.

Was die täglich neu eintreffenden Flüchtlinge betrifft, können wir nur auf Sicht fahren. Denn wir wissen zwar, dass viele kommen werden, aber wir wissen nicht, wie viele genau.

Und ich denke, es ist wird immer nach Masterplan und allmöglichen gerufen, also ich bitte mal, wenn man solch eine Krise planen könnte, dann gäbe es sie gar nicht.

Und ich bin der Kanzlerin wirklich dankbar, dass sie so klar gesagt hat, dass sie diese einfache Wahrheit ausgesprochen hat: wir können es letztlich spontan nicht beeinflussen wie viele Flüchtlinge zu uns kommen. Und deswegen stehen wir täglich vor diesen Herausforderungen.
Natürlich wissen wir in solchen Situationen nicht wie es weitergeht. Länder und Kommunen sind die letzten in der Kette. Auch von Versäumnissen in Vergangenheit. Wir sind jetzt die letzten Glieder in der Kette und den letzten, das weiß ja jeder, beißen die Hunde. Und das sehen wir bei der Belegung von Unterkünften tagtäglich, aber der Kollege Bouvier hat sehr richtig gesagt. Auf die Kritik hin, dass die Kanzlerin gesagt hat „Wir schaffen es!“. Sollen die Ministerpräsidenten hin stehen und sagen: wir schaffen es nicht?!Das kann ja wohl ernsthaft niemand meinen.
Und der Bundespräsident hat es sehr schön herausgearbeitet: Deutschland war schon mal in so einer Situation nach der Wiedervereinigung. Wir haben Erfahrungen mit solchen Situationen und auf Sicht fahren heißt im Prozess ändert sich dauernd etwas und das ist in der Krise immer so. Aber es darf natürlich nicht so sein, dass es uns entgleitet. Auf Sicht fahren heißt nicht, dass wir im Nebel herum stochern. Sondern auch wenn er sehr dicht ist haben wir einen Kompass und daher können wir auf Sicht fahren.

Nein, es bedeutet, dass wir entschlossen, planvoll und orientiert handeln in einer Herausforderung historischen Ausmaßes – in einer Herausforderung, die so groß ist, dass sie von der Politik Tag für Tag neue Antworten und Entscheidungen verlangt, in einer Herausforderung, die sich eben nicht nach Schema F abarbeiten lässt.

Jeden Tag lösen wir diese Herausforderungen bei der Unterbringung und ich habe mich vor Monaten strikt gegen Zelte ausgesprochen, aber vielleicht muss ich bald welche aufstellen, weil mir sozusagen nichts übrig bleibt. Aber ich bewundere immer meinen Staatssekretär Murawski mit welchem Ehrgeiz er wirklich versucht das zu verhindern, indem wir immer neue Liegenschaften suchen. Also das ist unsere Herausforderung auf Sicht zu fahren und in dieser Sicht die Perspektiven herauszuarbeiten, die notwendigen Dinge die zu tun sind.

Ich habe es einen „pragmatischem Humanismus“ genannt. Habe mich da persönlich am Programmsatz des Christentums orientiert, liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Das heißt ja nicht, dass wir jetzt unter Selbstaufgabe stehen. Wie dich selbst heißt, wir müssen uns selbst nicht überfordern. Wir sind herausgefordert aber wir müssen uns natürlich selbst nicht überfordern und tun dies auch nicht. Davor habe ich wirklich gar keine Angst.

Und deswegen ist es klar, wohin zeigt denn die Nadel unseres Kompasses? Sie zeigt auf das Asylrecht und die Genfer Konvention.
Und was bedeutet das? Diejenigen mit einer guten Bleibeperspektive aufgrund dieses Asylrechts und der Flüchtlingskonvention, die müssen wir schnell und gut integrieren. Und diejenigen, die auch nicht aus diesen Gründen herkommen, die werden wir zurückführen. Auch das gehört zum Kompass dazu.
Aber wir haben am Beispiel der Balkanflüchtlinge gezeigt, dass wir eben nicht nur Steine geben, sondern auch Brot. Das wir eine legale Perspektive eröffnet haben, damit sie auch hier zuwandern können und ich glaube das ist sehr wichtig gewesen. Der Balkan gehört zu Europa. Er darf nicht wegkippen. Da sind auch andere zugange, wie Putin oder die Saudis und deswegen ist es ganz entscheidend wichtig, dass wir den Menschen eine Perspektive geben, die hier arbeiten und ein neues Leben beginnen wollen. Deswegen haben wir diesen Ausbildungs- und Beschäftigungskorridor eröffnet.

Verantwortliche Politik ist aber noch mehr, sie bleibt nicht bei der Unterbringung der Flüchtlinge stehen.

Denn wir wissen: Die größte Herausforderung und die größte Chance liegen noch vor uns. Viele werden wieder in ihr Land zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist und sich die Situation stabilisiert hat. Doch viele werden für längere Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben.

Diese Menschen zu integrieren ist eine Generationenaufgabe. Was wir jetzt, was wir auf dem Feld der Integration tun, wird eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft unseres Landes sein.

Sie entscheidet darüber, ob die, die heute zu uns kommen, in Zukunft Hartz IV beziehen oder

- als Rettungssanitäter Leben retten,
- bei Daimler die neueste S-Klasse mitentwickeln oder
- als Fußballer den VfB Stuttgart wieder erfolgreich machen.

Kurz: ob aus Flüchtlingen Leistungsempfänger oder Leistungsträger werden.
Dabei dürfen wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.
Wir geben einen Vertrauensvorschuss, wir investieren in die Zukunft der Menschen, die zu uns kommen, wir leben eine Willkommenskultur, aber wir erwarten im Gegenzug Leistungsbereitschaft, Anstrengung, Verantwortungsbereitschaft und Integrationswillen.
Integration fordern und Integration fördern – das ist unsere Leitlinie.
Die Integration, das sind vier Bereiche: Wir müssen sie in den Wohnungsmarkt integrieren, in den Arbeitsmarkt, in unser Bildungswesen und in unsere Rechtskultur.

Zugleich setzen wir auf Sprachförderung. Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration, jeder investierte Euro wird sich hier drei Mal auszahlen. Deshalb haben wir Vorbereitungsklassen eingerichtet und dafür 562 Lehrerstellen bereitgestellt und wenn es notwendig ist, werden wir da noch nachbessern Daneben rücken wir das Thema Arbeit in den Mittelpunkt. Arbeit ist der Integrationsmotor schlechthin. Diejenigen, die über eine gute Ausbildung verfügen, sollen sofort arbeiten dürfen.
Die anderen müssen wir schnellstmöglich qualifizieren.
Deshalb ist es gut, dass wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht haben, ein Programm zur Arbeitsintegration aufgesetzt haben und den Hochschulzugang erleichtern.
Zentral ist zudem die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – für Einheimische und Flüchtlinge. Wir wollen keine Ghettos. Wir setzen auf dezentrale, kleinteilige Lösungen, um eine bestmögliche Integration zu ermöglichen.
Deswegen wird Wirtschaftsminister Schmid nächste Woche einen Wohnungsgipfel einberufen, in dem wir insbesondere mit den Kommunen aber auch mit den Fachleuten verschiedenster Art uns dieses Problems annehmen. Es ist natürlich etwas erreicht worden auf dem Flüchtlingsgipfel. Der Bund gibt 500 Millionen mehr. Ich will aber sagen, dass das natürlich nicht genügt.
Wir müssen natürlich auch privates Kapital mobilisieren. Also Abschreibungsmöglichkeiten ermöglichen. Sonst stimmt die Größe der Aufgabe nicht in ihrer Dimension. Ich will sagen, dass die allergrößte und allerwichtigste Herausforderung ist, den Menschen ein anständiges Dach über dem Kopf auf Dauer einzurichten.
Lasst mich etwas mehr sagen zur Integration in die Rechtskultur. Weil hier haben wir einen hohen Pegel diffuser Ängste. Diffuse Ängste sind ja besonders problematisch. Wir alle wissen, es ist einfach die Zeit von Gerüchten, von einzelnen Beispielen, die verallgemeinert werden, von Vorurteilen die grassieren und von kollektiven Urteilen. Das ist problematisch an solch pauschalen Ängsten. Es ist klar, die meisten dieser Flüchtlinge kommen aus Diktaturen. Aus patriarchalen und paternalistischen Gesellschaften. Die kommen jetzt in eine der liberalsten Gesellschaften wahrscheinlich weltweit. Es ist klar, dass das für beide eine Herausforderung ist. Aber es ist klar, dass wir eine Verfassungsordnung haben, mit ihren Rechten, mit ihren Freiheiten, mit Demokratie, mit dem Rechtsstaats- und dem Sozialstaatsprinzip, weil auf dieser Rechtsordnung sich die soziale Marktwirtschaft entfalten konnte, die uns Prosperität sichert. Deshalb sind wir ja überhaupt in der Lage so viele aufnehmen zu können. Das ist ja die Grundlage dafür. Also kann Integration natürlich nur auf und in dieser Verfassung gelingen. Und mit Sicherheit nicht neben, hinter oder gar über ihr.

Und ich will es noch mal sehr deutlich sagen, hier müssen wir sehr klar sein. Wir müssen sie natürlich selbst leben, diese Werte. Ja und wenn man jetzt, wie Fritz Kuhn das gemacht hat – wir haben es ihm ja gesetzlich ermöglicht- ein Zweckentfremdungsverbot anwendet, dann ist das kein Angriff auf das

Eigentum sondern da muss man halt selber mal in der Verfassung nachschauen. Natürlich ist das Eigentum gewährleistet, das ist gar keine Frage und Grundlage einer Marktwirtschaft. Aber es heißt in Absatz 2: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Und ich kann mir schlimmere Eingriffe in das Eigentum vorstellen als das man sagt: Vermietet mal bitte eure leer stehenden Wohnungen, verdient damit Geld. Also der Eingriff ist jawohl erträglich.

Wir müssen sie natürlich selber leben und wir müssen diese Werte auch unmissverständlich einfordern. Das heißt Geduld ja, Rabatte nein. Wir verlangen von niemandem Assimilation. Jeder kann seine Sprache, seine Kultur, seine Tradition und seine Religion pflegen. Aber auch sehr religiöse Menschen, das ist klar, müssen sich an säkulare Gesetze halten. Das ist einfach der Grundstandard der Gesellschaft. Und Christine Ehm, hat das ja mit dem katholischen Gottesdienst angemahnt, damit es eben nicht nur den gibt, und eben nicht nur einen christlich- ökumenischen. Deswegen führen wir den islamischen Religionsunterricht ein. Ethikunterricht wollen wir in der nächsten Legislaturperiode auch einführen, damit endlich alle Religionen teilhaben können am Freiheitsmodell und die nicht religiösen natürlich auch.

Gewalt ist natürlich Tabu. Generell. Aber zum Beispiel auch bei uns in der Kindererziehung und alles was die Gleichberechtigung der Frau in Frage stellt, sind wir sehr sensibel und reagieren ziemlich empfindlich und allergisch darauf. Diese Botschaft muss klar sein. Aber wir können jetzt auch mal annehmen, dass Menschen die aus solchen Verhältnissen fliehen, unsere Freiheiten und unseren Lebensstil in erster Linie schätzen und nicht ablehnen. Und wenn wir das schaffen, die Integration in den Arbeitsmarkt, in den Wohnungsmarkt, in unser Bildungssystem und unsere Rechtskultur, dann werden wir auch große Chancen haben mit dieser Zuwanderung.

Ich weiß, wovon ich rede.
Meine Eltern waren selbst Flüchtlinge. Mein ältester Bruder ist auf der Flucht als Säugling gestorben. Meine Eltern waren lange in Dänemark interniert.
Das war nicht einfach damals, aber wir haben es geschafft. Baden-Württemberg ist meine Heimat geworden, durch und durch.
Auch aus dieser persönlichen Erfahrung heraus weiß ich was auf uns zukommt, aber eben auch um die Chancen.
Ich will, dass wir diese Chancen nutzen, liebe Freundinnen und Freunde. Und uns auf den Weg machen. Und da hat nun der Bundespräsident nochmal ein wichtiges Wort gebraucht: Zuversicht. Wir sollten Zuversicht haben. Aufgrund dessen was wir geschafft haben mit der Deutschen Einheit. Wir haben allen Grund, zwar mit Sorge, mit Realitätssinn aber durchaus auch mit Zuversicht in die Lösung dieser großen Herausforderung zu gehen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
manche glauben, dass es ein Zufall, oder gar ein historischer Unfall gewesen sei, dass die Bürgerinnen und Bürger uns 2011 beauftragt haben, die Geschicke unseres Landes als führende politische Kraft zu gestalten.

Ich glaube das nicht.

Und manche sind überrascht, dass ausgerechnet wir Grünen mit breiter Zustimmung der Bevölkerung das Industrieland Baden-Württemberg so verlässlich und erfolgreich regieren.

Mich überrascht das nicht.

Warum?

Die großen Fragen unserer Zeit, die drängenden Probleme, für die die Politik Antworten finden muss, das sind alles urgrüne Themen:

- Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, die ökologische Belastungsgrenze unseres Planeten, die Klimaerwärmung: was heißt das für unseren Wohlstand und die Art und Weise, wie wir wirtschaften?
- Die ungleiche Verteilung von Bildungschancen: was heißt das für den einzelnen und die Leistungsstärke unseres Bildungssystems als Ganzem?
- Die Abkehr vieler Menschen von der Politik, der Rückzug ins Private, das schwindende Vertrauen in demokratische Prozesse und Entscheidungen: was heißt das für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

All das sind drängende Probleme unserer Zeit, von deren Lösung sehr, sehr viel für unsere Zukunft abhängt.

Und weil wir Grünen die Partei sind, der die Menschen am ehesten zutrauen sie anzugehen und zu lösen – und zwar gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern – glaube ich, dass es kein Zufall ist, dass

- ausgerechnet wir,
- ausgerechnet jetzt,
- ausgerechnet hier in Baden-Württemberg

als führende politische Kraft Verantwortung tragen.

Und wenn ich mir anschaue, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, dann zeigt sich: Wir sind auf einem guten Weg.

Wir gehen die großen Fragen systematisch und beharrlich an und deshalb ist es gut, dass wir Grünen unser Land regieren. Grün macht den Unterschied.

Was gab es nicht alles für Kassandrarufe, als wir vor viereinhalb Jahren an die Regierung kamen: Unter Grün-Rot werde die Wirtschaft den Bach runtergehen, Unternehmen würden nach Bayern fliehen, Arbeitsplätze würden gefährdet.

Passiert ist das genaue Gegenteil:

- Wir sind nicht nur die bundesweite Wachstumslokomotive, sondern auch das exportstärkste Land in Deutschland.
- Wir sind Innovationseuropameister: Nirgendwo in Europa ist der Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung so hoch wie im Südwesten.
- 2014 ist die Zahl der Erwerbstätigen im Land erstmals über die 6 Millionen-Marke gestiegen – heute sind über 300.000 Menschen mehr in Arbeit als im Jahr 2010.
- Und die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie in fast keinem anderen Land.

Das ist natürlich zuallererst das Verdienst der Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Aber auch die Landesregierung scheint einiges richtig zu machen.

Wir wissen: unseren Wohlstand können wir nur dauerhaft sichern, wenn wir das Wachstum vom Naturverbrauch entkoppeln, wenn wir unsere Art und Weise zu wirtschaften mit den Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten in Übereinstimmung bringen.

Deshalb setzen wir auf intelligentes Wachstum bei sinkendem Verbrauch von Energie, Ressourcen und Natur.
Wir machen eine moderne Industriepolitik, um unsere Wirtschaft ökologisch zu erneuern.
Das macht auch ökonomisch Sinn: Grüne Technologien sind ein riesiger Wachstumsmarkt.
Franz und ich waren vor kurzem beim Ressourceneffizienz-Kongress diese Woche – Stichwort Kreislaufwirtschaft – da hat uns die Wirtschaft regelrecht die Türen eingerannt.

Energiewende und Ressourceneffizienz sind urgrüne Themen, auf die wir uns viele Jahre lang vorbereitet haben.

Dass die Digitalisierung unsere industrielle Kernbranche ist, ist hingegen neu.
Wir haben das Thema früh erkannt, aufgegriffen, zur Chefsache gemacht und treiben es mit großer Energie voran.
Denn: Ob es unserem Mittelstand in den kommenden Jahren gelingt, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen, wird mit über den zukünftigen Wohlstand unseres Landes entscheiden.

Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren rund 630 Mio. Euro in die Digitalisierung investiert und stellen nun für die kommenden 3 Jahre allein für den Breitbandausbau bis zu 250 Mio. Euro zur Verfügung.

Wir machen unsere Kinder fit für die digitale Zukunft, machen Medienbildung zum Querschnittsthema von der Grundschule bis zum Abitur, stärken die informationstechnische Grundbildung und die Informatik und führen an den Berufsschulen Lernfabriken zum Thema Industrie 4.0 ein.
Wir machen Baden-Württemberg zum führenden Standort für Industrie 4.0 – damit unsere Unternehmen auch in zehn Jahren noch die Nase vorn haben und die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns entstehen.
Wir befähigen den Mittelstand dazu, sich auf die digitale Zukunft einzustellen, und stärken zugleich die Startups in Baden-Württemberg – mit Gründerzentren und Investitionen im Gesamtumfang von über 300 Mio. Euro.

Und es ist wirklich ganz offensichtlich, dass die ganze Wirtschaft diskutiert. Ich erfahre wirklich viel Anerkennung und Lob dafür, dass wir das so früh und so konsequent betreiben und das uns klar ist, wir betreiben das nicht ohne Rücksicht auf Verluste, wir betreiben es auch da mit einem klaren Kompass.
Wir müssen natürlich Big Data nutzen. Aber so, dass wir es nicht abwehren wie bisher, sondern gestalten und zugleich verhindern, dass wir in diesem Prozess alle zu gläsernen Menschen werden oder die Betriebe Angst haben müssen, dass ihre Innovationen aus der Cloud abgezapft werden.
Also auch da haben wir einen klaren Kompass: Ja zu neuen Technologien, aber so, dass sie dem Menschen nutzen.

Aber wir investieren nicht nur in Datenautobahnen.
Gute Verkehrswege bleiben als wichtige Lebensadern der Wirtschaft unverzichtbar:

- Deshalb haben wir den öffentlichen Personenverkehr gestärkt und investieren mehr als jedes andere Land in die Schienenstrecken – z.B. in den Ausbau der Rheintalbahn oder die Elektrisierung der Südbahn.

- Wir konnten 20 Prozent mehr von den Bundesmitteln für den Schienenverkehr ins Land holen, das ist unser Erfolg!
- Verkehrsminister Winne Hermann investiert rund 40 Prozent mehr in unsere Landesstraßen als seine CDU-Vorgängerin. 170 Millionen Euro im Jahr 2015 – keine Landesregierung zuvor hat mehr Geld in die Landesstraßen gesteckt als wir.
- Aber wir investieren nicht nur mehr, sondern auch intelligenter und haben das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ durchgesetzt. Dafür wird Winne sogar vom ADAC gelobt.

Daneben setzen wir einen Schwerpunkt auf intelligente Mobilitätskonzepte.
Wir müssen unsere Infrastruktur intelligenter nutzen.

Deshalb investieren wir in die Zukunft, in Carsharing, E-Mobilität, in autonomes Fahren und öffentlich-private Echtzeitinformationssysteme, das sind die Exportschlager der Zukunft. Da wollen wir vorne mit dabei sein.

- Weil wir Grünen schon immer über den Tag hinaus gedacht haben,
- weil wir Ökologie und Ökonomie versöhnen wollen,
- weil wir neugierig auf Zukunft sind,
- weil wir nicht das Jetzt verwalten, sondern das Morgen gestalten wollen,

deshalb sind wir die moderne Wirtschaftspartei, die Wirtschaftspartei der ökologischen Verantwortung und der digitalen Zukunft.

Mindestens so wichtig wie eine erfolgreiche Wirtschaft und eine gute Infrastruktur ist beste Bildung von Anfang an.
Jedes Kind hat die Chance verdient, etwas aus seinem Leben zu machen, sein Potential und seine Talente bestmöglich zu entfalten:

- egal ob es Lisa oder Mehmet heißt,
- egal ob seine Eltern Ärzte sind oder Krankenpfleger,
- egal ob seine Eltern 100.000 Euro im Jahr verdienen oder auf Hartz IV angewiesen sind.

Ob Cleverle oder Träumerle, ob Überflieger oder Spätstarter – wir wollen, dass jedes Kind mit seinen individuellen Talenten und Fähigkeiten optimal gefördert wird. Damit alle jungen Menschen im Land den für sie besten Bildungsabschluss erreichen können.

Deshalb sorgen wir für ein leistungsstarkes Bildungssystem. Deshalb arbeiten wir beharrlich daran, dass die ungleiche Verteilung von Bildungschancen der Vergangenheit angehört und jeder sich bestmöglich bilden und etwas für sich und andere leisten kann.

Nur ein leistungsstarkes, ein gerechtes Bildungssystem, sichert den Wohlstand der Zukunft.
Deshalb haben wir der Bildung von klein auf bis ins hohe Alter oberste Priorität eingeräumt:

- Wir haben die Mittel für Kinderbetreuung versiebenfacht. Wir haben heute 50 % mehr Kita-Plätze als 2010. Und wir haben den besten Betreuungsschlüssel bundesweit erreicht.
- Wir haben die Krankheitsvertretung gestärkt und die Unterrichtsversorgung verbessert. Pro Schüler geben wir heute 18 Prozent mehr aus.
- Wir bauen die Ganztagsschulen konsequent aus.
- Unsere neue Gemeinschaftsschule entwickelt sich zum Erfolgsmodell – so gibt es schon heute über 270 Gemeinschaftsschulen im ganzen Land.
- Wir haben das bewährte Gymnasium gestärkt.
- Die Realschule rüsten wir mit mehr individueller Förderung und über 400 neuen Lehrern für die Zukunft.
- Die Inklusion haben wir eingeführt – endlich können auch bei uns Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen.
- Wir haben für 50% mehr Schulsozialarbeiter gesorgt.
- Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, die Studienplätze massiv ausgebaut und stellen 1,7 Mrd. Euro mehr für Hochschulen bis 2020 zur Verfügung – das ist bundesweit vorbildlich.
- Wir haben das Bildungszeitgesetz für lebenslanges Lernen eingeführt, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtert und die Mittel für Volkshochschulen massiv aufgestockt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

- wir bringen die Kleinen groß raus,
- wir fördern jedes Kind individuell und bestmöglich,
- wir schaffen exzellente Bedingungen für Studierende und Forscher,
- wir stärken das lebenslange Lernen,

denn: Bildung kennt keine Altersgrenzen.

Keine Landesregierung zuvor hat mehr in Bildung investiert als Grün-Rot.
Weil wir Leistung für alle ermöglichen und das Glück, seine Talente entfalten zu können, nicht wenigen vorbehalten wollen,
haben wir grundlegende, auch unbequeme Reformen angepackt und unser Bildungssystem verändert.
Dieser Mut zur Gestaltung wird sich für unser Land auszahlen in Form von mehr Leistung und mehr Gerechtigkeit.
Deshalb ist es gut, dass wir Grüne unser Land regieren. Denn Grün macht den Unterschied.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich will nochmal sagen, das habe ich schon oft gesagt, ich habe die Grünen mitbegründet aus Liebe zur Natur. Es klingt jetzt etwas pathetisch, aber es war wirklich so. Das war der eigentliche Impuls und Antrieb. Und deswegen ist das ein Herzensanliegen von mir.
Wir haben da viele Erfolge gehabt. Ich sag mal, das wichtigste Erlebnis für mich in dieser ganzen Zeit war, die Edith hat es schon gesagt, als ich 14 Tage Ministerpräsident war und am nationalen Konsens über den Atomausstieg teilnehmen konnte. Da dachte ich mir, Winfried das hat sich schon gelohnt. Und das ich federführend am Konsens für das Endlagersuchgesetz beteiligt war, war wirklich etwas, dass ich gut hinbekommen habe und das mir sehr wichtig war.

Aber am meisten hat mein Herz doch gelacht, als wir den Nationalpark Schwarzwald hinbekommen haben. Es war schwierig. Was musste man da durchbrechen. Ein Verhältnis zur Natur das ausschließlich von Nutzen geprägt ist. Das ist ganz schwierig, vor allem vor Ort. Das musste durchbrochen werden und das haben wir hinbekommen.
Und heute hat sich das glaube ich auch vor Ort gewandelt, die Einstellung darüber. Also das war einfach ein wunderbarer Tag. Und ich bin ja jetzt auch frisch mit der Gerlinde darin gewandert an den stillen See und da ist man dann auch mal richtig zufrieden mit sich selbst.

Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich alles dafür getan, dass Baden-Württemberg gentechnikfrei bleibt. Denn wir sind uns mit 90 Prozent der Bevölkerung einig: Gentechnik hat auf unseren Tellern und auf unseren Äckern nichts verloren.
Genauso haben wir den Öko-Landbau konsequent vorangebracht.
Wir Grünen wissen, wie man Natur schützt und unsere Heimat lebenswert erhält.
Und deshalb ist es gut, dass wir Grünen unser Land regieren. Denn Grün macht den Unterschied.

Das zeigt sich gerade auch bei der Energiewende.
Die Vorgängerregierungen standen jahrzehntelang so unverbrüchlich zum Atom wie Fidel Castro zum Kommunismus:

- wider die Erfahrung – Tschernobyl,
- wider die Vernunft – Millionen Jahre strahlender Müll,
- wider die Verantwortung – unbeherrschbare Risikotechnologie.

Wir haben seit unserer Gründung für den Atomausstieg und die Energiewende gekämpft und jetzt haben wir sie hinbekommen.
Und dann wollten wir natürlich frisch ran, etwa mit der Windenergie aber da hatten wir eine steile Lernkurve. Wirklich wie lange das gedauert hat. Aber jetzt haben wir es hinbekommen und es war eine große Leistung.
Ich glaube, dass es so lange gedauert hat, darf uns auch ein bisschen beruhigen. Wenn man etwas ändern will, dass die Vorgängerregierung zwanzig Jahre bekämpft hat, das ist nicht so einfach. Deswegen sollten wir schauen, dass wir mindestens zehn Jahre regieren, dann ist es für die die vielleicht nach uns kommen einigermaßen schwer, das Ganze zu ändern.

Liebe Freundinnen und Freunde, Beharrlichkeit zahlt sich aus!

- wir haben das erste Klimaschutzgesetz für Baden-Württemberg geschaffen,
- wir haben eine Ressourceneffizienzstrategie auf den Weg gebracht
- wir haben das Erneuerbare-Wärme-Gesetz gestärkt und fördern die energetische Sanierung und
- wir haben die Windkraftblockade gelöst.

Es gab ja nicht nur eine Bremse, die die Vorgängerregierung bei der Windkraft reingehauen hatte. Nein, es war ein ganzes Netz aus Bremsen, Fallen, Tretminen.

Erwin Teufel, den ich bekanntlich für vieles sehr schätze, hat noch persönlich jedes einzelne Windrad bekämpft.
Wir kämpfen für jedes einzelne Windrad. Das ist der Unterschied.

Wir haben 4 Jahre lang hart gearbeitet und gekämpft, an allen Fronten: Nun ist der gordische Knoten durch:

- 121 Windräder werden derzeit gebaut – das entspricht grob der Leistung des früheren AKW Obrigheim oder 60% der bisher in Baden-Württemberg installierten Gesamtleistung an Windkraft,
- weitere 279 Windräder sind im Genehmigungsverfahren,
- zusammen mit den schon gebauten Anlagen entspricht dies der Hälfte unseres Ziels von 10% Windenergie bis 2020.

Genauso machen wir Politik: mit Ausdauer und langem Atem, wir bohren dicke Bretter bis sie durch sind.

Deshalb machen wir nicht nur eine andere Politik, nein, wir machen auch anders Politik:

- die Zeit, in der Ministerpräsidenten Milliardendeals eigenmächtig im Hinterzimmer abgewickelt haben sind vorbei,
- die Zeit, in der Kritik nicht zum Dialog, sondern zum Einsatz von Wasserwerfern führte ebenfalls.

Wir haben einen neuen Politikstil etabliert:

- wir sagen nicht einfach „basta“, sondern suchen das Gespräch mit den Bürgern,
- wir regieren nicht am Parlament vorbei, sondern achten seine Souveränität,
- wir würgen die Initiative der Bürger nicht ab, sondern erleichtern sie durch mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie.

Denn:

- in Zeiten, in denen unsere Gesellschaft sich immer mehr ausdifferenziert,
- in Zeiten, in denen viele Probleme sehr komplex geworden sind,

- in Zeiten, in denen Wissen nicht mehr wenigen vorbehalten ist, sondern vielen zur Verfügung steht,

in solchen Zeiten kann nur eine Politik erfolgreich sein, die dialogorientiert und offen für Neues ist.

Deshalb haben wir einen neuen Politikstil etabliert.
Deshalb machen wir eine Politik des „Gehörtwerdens“.

Ein aktuelles Beispiel ist der Gefängnisneubau. Wer soll es einem glauben, dass eine Regierung daran viereinhalb Jahre rummacht. Viereinhalb Jahre Bürgerdialog. Ich erinnere mich noch in Zepfenhan, einer Teilgemeinde von Rottweil, war eine riesige Halle im Wahlkampf und ich habe den Leuten dort einen Suchlauf versprochen. Da war ein riesiger Jubel. Dann habe ich gesagt, wenn der Suchlauf allerdings scheitert und wir nichts anderes finden, müsst ihr schon damit rechnen, dass ich bei euch baue.
Wir haben das eingehalten, wir haben einen neuen Suchlauf gemacht. Da waren Bürgerentscheide dazwischen, unzählige Versammlungen und Anhörungen und jetzt ist es durch einen positiven Bürgerentscheid entschieden. Und wir bauen jetzt dort ein Gefängnis, in dem man auch wirklich dem Anspruch von Resozialisierung und Wiedereingliederung umsetzen kann. Und das ist das Erfolgsgeheimnis unserer Politik, gemeinsam mit der Bürgerschaft, gemeinsam im Dialog mit Ihnen. Aber das heißt nicht, dass wir zum Schluss nicht entscheiden.
Und ich hab schon im Wahlkampf gesagt, ich habe nicht vor, aus Baden- Württemberg den größten Debattierclub aller Zeiten zu machen, in dem man nichts mehr entschieden wird, sondern wir debattieren um zu entscheiden. Und nicht um nicht zu entscheiden.

Weil wir mit dieser Haltung Politik machen sind wir erfolgreich, deshalb steht das Land gut da. Die Baden-Württemberger waren den alten Regierungsstil satt und sie spüren wie wohltuend der neue Wind ist.
Und deshalb ist es gut, dass wir Grüne unser Land regieren. Grün macht den Unterschied.
Das gilt ganz besonders auch für die aktuelle Flüchtlingskrise und die vor uns liegende Mammutaufgabe der Integration.
Hier braucht es Mut und Pragmatismus.

Kurz: Es braucht eine  Politik ohne Angst. Ohne Angst vor der Aufgabe, und ohne den Menschen Angst zu machen.
Deshalb ist es gut, dass wir Grüne unser Land regieren. Denn Grün macht den Unterschied.

Politik ist Mannschaftssport oder politisch korrekt aber dafür Neuhochdeutsch muss man sagen ein Teamwork. Und erfolgreiche Politik ist immer nur dann möglich, wenn alle Verantwortlichen vertrauensvoll zusammen für das Erreichen gemeinsamer Ziele arbeiten.

Deshalb möchte ich allen, die unsere erfolgreiche Politik erst möglich gemacht haben, ganz herzlich danken:

- der Fraktion,
- der Partei,
- dem gesamten Kabinett

All das, was wir für unser Land erreicht haben, konnten wir nur durch die gute Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erreichen.
Grüne und SPD haben beide ihren Anteil am gemeinsamen Erfolg.
Und deshalb will ich die verlässliche und erfolgreiche Koalition mit der SPD fortsetzen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
mehr als vier Jahre haben wir nun beharrlich und mit Leidenschaft für eine gute Zukunft unseres Landes gearbeitet.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir haben in dieser kurzen Zeit mehr erreicht als ich 2011 jemals zu hoffen wagte:

- Nationalpark geschaffen, Gentechnik von unseren Äckern verbannt, schnelles Internet in die Fläche gebracht, herzlichen Dank, lieber Alex
- Nachhaltige Mobilität vorangetrieben und Rekordsummen in unsere Verkehrsinfrastruktur investiert, herzlichen Dank, lieber Winne
- Exzellente Bedingungen für Hochschulen geschaffen, herzlichen Dank, liebe Theresia
- Klimaschutzgesetz und Ressourceneffizienzstrategie geschaffen und Windkraftblockade gelöst, herzlichen Dank, lieber Franz
- Bürgerbeteiligung gestärkt und direkte Demokratie erleichtert, besonderen Dank, an Gisela Erler, die macht das ja schließlich ehrenamtlich
- Regierung koordiniert und den Medienstandort fit für die Zukunft gemacht, herzlichen Dank, liebe Silke
- Donauraumstrategie vorangebracht, herzlichen Dank, lieber Peter Friedrich

- Einen Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit verteidigt und Polizeipräsenz in der Fläche gestärkt, herzlichen Dank, lieber Reinhold Gall
- Justiz bürgernäher gemacht und Landesverfassungsbeschwerde eingeführt, herzlichen Dank, lieber Rainer Stickelberger
- Gesundheitsversorgung in der Fläche gestärkt und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung vorangebracht, herzlichen Dank, liebe Katrin Altpeter
- für die Unterbringung der vielen Flüchtlinge gesorgt und Integration zeitig vorangebracht, herzlichen Dank, liebe Bilkay Öney
- die Kinderbetreuung ausgebaut und Gemeinschaftsschulen ermöglicht, herzlichen Dank, lieber Andreas Stoch
- viermal Haushalt ohne neue Schulden, Rekordinvestitionen in Bildung und Infrastruktur, Industrie 4.0 vorangebracht, herzlichen Dank, lieber Nils Schmid, du bist der erfolgreichste Finanz- und Wirtschaftsminister, den Baden-Württemberg je hatte.

Mein Name ist Winfried Kretschmann. Ich bin Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Und ich will es auch gerne in den kommenden 5 Jahren bleiben.
Danke!

Hinweis: Diese Abschrift entspricht dem Wortlaut der Rede.